

Das tödliche Attentat auf Shinzō Abe und die Verbindung von Religion und Politik in Japan

Iris Wieczorek

Am 8. Juli 2022 wurde ein tödliches Attentat auf Japans ehemaligen Ministerpräsidenten Shinzō Abe verübt, während er bei einer Wahlkampfveranstaltung eine Rede hielt. Laut japanischen Medienberichten hat der Attentäter, der 41-jährige Tetsuya Yamagami, den Anschlag auf Abe aufgrund seiner Verbindungen zur Family Federation for World Peace and Unification (FFWPU) – so der seit 2015 offizielle Name der zuvor auch als Unification Church oder kurz »Moonies« (nach ihrem Gründer Hak Jan Moon) bekannten religiösen Gemeinschaft – verübt. Die Mutter von Yamagami habe als Mitglied der FFWPU große Geldsummen gespendet (insgesamt etwa 700.000 Dollar), und dadurch die Familie in den Bankrott getrieben. Daher hegte Yamagami seit langem einen Groll gegen die FFWPU und habe ursprünglich ein Attentat auf Hak Ja Han Moon – die Witwe des Gründers und derzeitiges Oberhaupt der FFWPU – und weitere Mitglieder geplant; er habe sich dann aber auf Abe konzentriert, nachdem er seine Videobotschaft während einer Veranstaltung der FFWPU im September 2021 gesehen hatte und Abes Großvater Kishi für die Gründung einer Niederlassung der FFWUP in Japan verantwortlich gemacht habe. Abe war kein Mitglied der FFWPU, doch wie andere japanische Politiker war er bei verschiedenen Veranstaltungen religiöser Gemeinschaften aufgetreten, darunter auf der genannten Veranstaltung der FFWPU im September 2021, wo auch der frühere Präsident Donald Trump gesprochen hatte. Die Ermordung Abes hat bereits seit langem vermutete aber von den japanischen Medien bislang kaum thematisierte Verbindungen der FFWPU zur Politik bzw. zur regierenden LDP ans Licht gebracht und damit erneut eine Debatte über die Trennung von Religion und Politik entfacht.

Das Spannungsverhältnis zwischen Politik und religiösen Bewegungen in Japan

In Japan ist das Phänomen neuer religiöser Bewegungen im Vergleich zu den USA und Europa stärker ausgeprägt. Aufgrund kultureller Besonderheiten können religiöse Bewegungen in Japan auf eine über 150-jährige Geschichte verweisen. Dabei besitzen sie von jeher einen ausgeprägt synkretistischen Charakter und haben eine Vielfalt religiöser Strömungen in sich aufgenommen, von den volksreligiösen Traditionen über Buddhismus, Shintō und Hinduismus bis hin zu New-Age-Ideen. Viele dieser religiösen Bewegungen sind gut organisierte Wirtschaftsunternehmen, die mit ihren (göttlichen) Produkten um die Gunst von Konsumenten konkurrieren. Seit den 1970er Jahren spricht man in Japan vom nunmehr »vierten Religionsboom«, in dessen Zusammenhang sich parallel zur New-Age-Bewegung zahlreiche neue religiöse Bewegungen entwickelten (Inoue 1990: 2; Shimazono 1998). Es existieren etwa 600 religiöse Gruppen, die durch die Beteiligung und den aktiven Einsatz mehrerer zehn Millionen Mitglieder – 10–20 % der japanischen Bevölkerung beteiligt sich an ihnen (Reader 1991: 196) – über ein bedeutendes gesellschaftspolitisches Potenzial verfügen. Sie versuchen, ihren Einfluss mehr oder weniger aktiv geltend zu machen, wobei sie nicht nur religiöse Ziele verfolgen, sondern auch gesellschaftliche und politische.

So waren religiöse Bewegungen bereits nach dem Zweiten Weltkrieg politisch aktiv, z. B. außerparlamentarisch innerhalb der Friedensbewegung der 1950er und beginnenden 1960er Jahre. Und auch parlamentarisch wurden einige religiöse Bewegungen aktiv: So kandidierte zum Beispiel ein führendes Mitglied der Tenrikyō 1946 für das Unterhaus, bei den Oberhauswahlen 1962 stellten die Risshō Kōseikai und die LDP einen gemeinsamen Kandidaten auf und die Seichō no Ie gründete in den 50er Jahren eine politische Vereinigung (Inoue et al. 1990: 562–564). Auf die Nachkriegsjahre geht auch das politische Engagement der bereits 1930 gegründeten Sōka Gakkai (»Studiengesellschaft zur Schaffung von Werten«) – in Japan mit etwa zwölf Millionen Mitgliedern eindeutig die größte und eine der wirtschaftlich einflussreichsten religiösen Bewegungen¹ – zurück. 1955 stellte sie erstmals 54 ihrer Mitglieder als unabhängige Kandidaten für verschiedene lokale Parlamente auf und 51 von ihnen waren erfolgreich. Die Sōka Gakkai gründete dann 1964 die Kōmeitō

¹ Nach eigenen Angaben zählt sie 12 Mio. Mitglieder und ist in 192 Ländern vertreten (vgl. <https://www.sokagakkai.jp>). Die Angaben der Mitgliederzahlen religiöser Bewegungen sind häufig überhöht. Doch es gibt Berichte, dass die Sōka Gakkai bei Wahlen ca. 7,5 Mio. Wählerstimmen mobilisieren kann, was ein Indiz für die große Zahl der Sōka-Gakkai-Mitglieder ist. Die Zahl der aktiven Mitglieder dürfte bei ca. 1,5 bis 2 Mio. liegen. Im Ausland beläuft sich die Mitgliederzahl der Sōka Gakkai auf etwa 1,36 Mio., davon 19.000 in Europa; auch in Deutschland ist die Sōka Gakkai vertreten (vgl. www.sgi-d.org).

(»Partei für saubere Politik«), eine bis heute erfolgreiche Partei. Seit 1970 sind die Sōka Gakkai und Kōmeitō zwar formal getrennte Organisationen, doch nach wie vor bestehen enge Verbindungen.²

Die direkten politischen Einflussmöglichkeiten religiöser Bewegungen blieben jedoch aufgrund der bis Anfang der 1990er Jahre starren politischen Ordnung in Japan relativ begrenzt. Die LDP hatte von 1955 bis 1993 größtenteils unangefochten das Regierungsmonopol, und das politische System Japans war durch eine Einparteiendemokratie sowie das »eiserne Dreieck« aus LDP, Ministerialbürokratie und Interessenverbände der Wirtschaft gekennzeichnet. Als sich in den 1990er Jahren Risse in der starren politischen Ordnung Japans zeigten, versuchten neue religiöse Bewegungen, diese Chance zur politischen Einflussnahme zu nutzen. Als die LDP 1993 nicht mehr die absolute Mehrheit im Unterhaus erhielt, bot beispielsweise die 1986 gegründete religiöse Gruppe Kōfuku no Kagaku (»Wissenschaft des Glücks«) an, sie bei den nächsten Wahlen mit Wählerstimmen zu unterstützen (Wieczorek 2002). Indem einige Politiker Mitglied wurden, konnte sie Bündnispartner der politischen Elite gewinnen, woraufhin sie radikale Formen annahm: Sie organisierte Demonstrationen und publizierte Bücher, in denen sehr detailliert zukünftige Katastrophen ausgemalt wurden, falls nicht ein Umdenken und Handeln im Politikgeschehen erfolgen würde. Bis zum Giftgasanschlag der Aum Shinrikyō auf die U-Bahn in Tōkyō im März 1995, bei dem zwölf Menschen ums Leben kamen und über 5.000 verletzt wurden, intensivierten die Kōfuku no Kagaku und auch andere religiöse Gemeinschaften ihre sozialen und politischen Aktivitäten und steigerten dadurch ihre Mitgliederzahlen beträchtlich (Wieczorek 2002). Auch die Aum Shinrikyō hatte politische Ambitionen, ihr gescheiterter Versuch, aktiv im Politikgeschehen mitzuwirken, wird allgemein als Wendepunkt zur Radikalisierung der Aum gewertet (Repp 1997: 47).

Der Giftgasanschlag hat zu erheblicher sozialer Verunsicherung und zu einem massiven Vertrauenseinbruch gegenüber dem staatlichen Apparat geführt. Zum ersten Mal in der japanischen Nachkriegsgeschichte trat die Frage nach einer angemessenen staatlichen Kontrolle bei gleichzeitiger Bewahrung der Religionsfreiheit in den Mittelpunkt öffentlicher Debatten. Innerhalb der Politik und der Bevölkerung war ein neues Bewusstsein für potenziell gefährliche religiöse Bewegungen entstanden. Vor dem Hintergrund eines neuen sozialen Klimas, in dem der Schutz der japanischen Bevölkerung vor potenziell gefährlichen religiösen Gruppen Vorrang gegenüber dem Schutz der Religionsfreiheit einnahm, konnte eine Revision

² Die Kōmeitō setzt sich überwiegend aus Mitgliedern der Sōka Gakkai zusammen und ist finanziell von der Sōka Gakkai abhängig.

des Gesetzes über religiöse Körperschaften (*shūkyō hōjinhō*) von 1951 in Rekordzeit das Parlament passieren und trat bereits am 15. Dezember 1995 in Kraft. Religiöse Körperschaften genießen nach wie vor erhebliche Steuervorteile, doch seit der Gesetzesrevision muss sich jede religiöse Gemeinschaft beim Kultusministerium registrieren lassen, die Bilanzen offen legen, und das Kultusministerium ist befugt, einen Bericht der Aktivitäten religiöser Körperschaften einzufordern oder an ihr beteiligte oder verantwortliche Personen vorzuladen, falls der Verdacht auf gesetzeswidrige Aktivitäten besteht (vgl. zu den Änderungen Wieczorek 2002). Der Aum Shinrikyō wurde der Status einer religiösen Körperschaft aberkannt, doch sie wurde nie verboten, eine Anwendung des Extremistengesetzes erfolgte nicht. Als Reaktion auf den Giftgasanschlag entwickelten sich in Japan eine, in anderen Ländern bereits eingebürgerte, Anti-Kult-Bewegung und Selbsthilfegruppen. Bereits vor dem Aum-Vorfall war das Problem, wie freiwillig oder erzwungen Spenden an Religionsgemeinschaften sind, Diskussionsgegenstand, doch kaum ein Mitglied setzte sich wegen geringer Erfolgsaussichten dagegen öffentlich zur Wehr. Seit dem Aum-Vorfall häufen sich allerdings Klagen gegen religiöse Gruppen wegen Betrugverdachts, und religiöse Gruppen werden zu Kompensationszahlungen verurteilt.

Mit der Revision des Gesetzes über religiöse Körperschaften versuchte die LDP auch, den politischen Einfluss der Neuen Kōmeitō zu reglementieren, die inzwischen eine ernste politische Bedrohung für die LDP darstellte. Deshalb brachte die LDP die Machtansprüche der Aum und ihres Stifters Asahara indirekt mit denen der Sōka Gakkai und ihres damaligen Ehrenpräsidenten Daisaku Ikeda in Verbindung, und die Liberaldemokraten stellten die Legalität des Ausmaßes des politischen Einflusses der Sōka Gakkai in Frage (Wieczorek 2000). Allerdings ging diese Strategie nicht auf, die Mitgliederstärke und das finanzielle Potenzial der Sōka Gakkai sorgten dafür, dass die Kōmeitō – trotz aller Widerstände in der Bevölkerung, den Medien und Parteien – weiterhin Erfolge vorweisen konnte (z. B. der Wahlerfolg der Shinshintō – ein Zusammenschluss mehrerer Oppositionsparteien, darunter auch die Kōmeitō – bei den Oberhauswahlen am 23. Juli 1995).

Im Oktober 1999 siegte dann der politische Pragmatismus: Die LDP und die Kōmeitō gingen ein Regierungsbündnis ein. Die LDP konnte dadurch die zur Verabschiedung wichtiger Gesetze notwendige Mehrheit im Oberhaus wiedererlangen, nachdem sie seit Juli 1998 nur im Unterhaus über eine bequeme Mehrheit verfügt hatte. Die Kōmeitō ließ von ihrer Strategie der ewigen Regierungsoption ab, um mehr Einfluss auf das Profil der nationalen Politik nehmen zu können (Metraux 1999). Das Regierungsbündnis von LDP und Kōmeitō führt bis heute immer wieder zu Spannungen im religiösen sowie im politischen Umfeld beider Parteien.

Nach dem Aum-Vorfall hatten sich die meisten religiösen Bewegungen aufgrund des anti-religiösen Klimas und stärkerer staatlicher Kontrolle größtenteils aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Doch sie bilden aufgrund ihrer millionenstarken Mitgliederzahl bzw. Wählerschaft und Finanzkraft weiterhin eine bedeutende politische Kraft, die nicht unterschätzt werden darf. Traditionell geht die Mehrzahl der Wählerstimmen von Mitgliedern religiöser Bewegungen an die konservative LDP, seit dem Regierungsbündnis LDP und Kōmeitō gibt es hier immer wieder Verschiebungen und einige stimmen auch für die Sozialisten oder Liberalen. Religiöse Bewegungen sind auch geübte Spendensammler und freiwillige Wahlhelfer, worauf Japans Parteien aufgrund von Beschränkungen im Wahlkampfgesetz für öffentliche Ämter angewiesen sind. So ist z. B. die offizielle Wahlkampfperiode auf zwölf Tage beschränkt und lediglich in dieser Zeit besteht ein erheblicher Mehrbedarf an Personal. Für religiöse Bewegungen gehen Verbindungen zu politischen Parteien in Japan häufig mit einem Prestigegegewinn einher.

Die Verbindungen der FFWUP zu Japans Politik und zu Shinzō Abe

Wie viele andere neue religiöse Bewegungen ist die FFWUP ein Phänomen der Nachkriegszeit. Sie wurde 1954 in Seoul von Sun Myung Moon gegründet, der in Nordkorea geboren wurde und später nach Südkorea floh. 2021 starb Moon und seine Witwe ist seitdem das Oberhaupt der FFWUP, die traditionelle konfuzianische Werte und christliche Glaubenssätze vereint. Weltweite Aufmerksamkeit hat die FFWUP insbesondere durch ihre Massenhochzeiten erregt. Die Zahl ihrer Mitglieder wird in Südkorea auf 300.000 geschätzt, weltweit – die FFWUP hat in 137 Ländern Niederlassungen (darunter in Japan, den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland) – auf 3 Millionen.

Die FFWUP ist wie viele andere religiöse Bewegungen wie ein Wirtschaftsunternehmen organisiert und soll über erhebliche Finanzmittel verfügen, die nicht nur aus Spendeneinnahmen stammen. Laut Medienberichten agiert sie in Südkorea de facto wie ein Konglomerat; so habe sie beispielsweise enge Verbindungen zur *Tongil Group*, die aus zwei börsennotierten und 24 nicht börsennotierten Unternehmen besteht (*Nikkei Asia* 01.09.2022). Und sie soll sich in der Lebensmittel- und Restaurantbranche engagieren: Im November 2021 veröffentlichte das New York Times Magazine einen Artikel mit dem Titel »The Untold Story of Sushi in America«, der zeigte, wie FFWUP in Japan Spenden sammelte und diese in ihr Sushi-Geschäft in den USA flossen (*Nikkei Asia* 01.09.2022). Laut des »Japan National Network of Lawyers Against Spiritual Sales« soll die FFWUP mehr als 100 Unternehmen auf

der ganzen Welt managen. Medienberichten zufolge soll die FFWUP in den 1980er Jahren jährlich zwischen 60 und 70 Mrd. Yen (430 bis 500 Mio. US \$) von Japan nach Südkorea transferiert haben, in den letzten Jahren soll der Geldfluss bei unter 10 Mrd. Yen (etwa 72 Mio. US \$) liegen; 80 % der Einnahmen der FFWUP sollen immer noch aus Japan stammen (*Nikkei Asia* 01.09.2022).

In Südkorea hat die FFWUP gegenwärtig kaum enge Verbindungen zu Politikern; ursächlich dafür ist wahrscheinlich, dass Kim Dae-jungs Verbindung zur FFWUP ihn 1987 einen Wahlsieg kostete. Seitdem meiden südkoreanische Politiker öffentliche Verbindungen zur FFWUP (*Nikkei Asia* 07.09.2022). Kim gewann schließlich 1992 die Präsidentschaftswahl. Doch Sun Myung Moon hatte es verstanden, Beziehungen zu führenden Politikern weltweit aufzubauen, darunter die US-Präsidenten Richard Nixon, Ronald Reagan und George H. W. Bush und in jüngerer Zeit Donald Trump. Moon hatte auch Verbindungen zu Nordkoreas Gründer Kim Il Sung, dem verstorbenen Großvater des derzeitigen Machthabers Kim Jong Un.

Die Verbindungen zu Abe und zur LDP reichen weit zurück. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Abes Großvater Nobusuke Kishi als mutmaßlicher Kriegsverbrecher inhaftiert. Im Gefängnis hatte Kishi Kontakt mit anderen rechtsgerichteten Nationalisten, darunter dem Geschäftsmann und Politiker Ryoichi Sasakawa (Gründer der Japan Shipbuilding Industry Foundation, der heutigen Nippon Foundation). Sun Myung Moon machte 1986 Sasakawa zum Ehrenvorsitzenden der japanischen Niederlassung der FFWUP – die auf einem Grundstück neben Kishis Wohnsitz errichtet wurde (*Nikkei Asia* 30.07.2022). Kishis enge Beziehungen zur FFWUP waren öffentlich bekannt und in Publikationen der FFWUP war er auf vielen Fotos mit Moon zu sehen. Der Anti-Kommunismus einte die LDP und die FFWUP. Medienberichten zufolge glaubte der Attentäter Yamagami, Kishi habe die FFWUP nach Japan gebracht. Die FFWUP bestreitet jede bevorzugte Behandlung durch Kishi, als sie eine Zweigstelle in Japan eröffnete.

In den 1980er und 1990er Jahren ging eine beträchtliche Anzahl japanischer Gläubiger der FFWUP nach Südkorea, um an Massenhochzeitszeremonien teilzunehmen, worüber auch japanische Medien intensiv berichteten. Heute sollen mehr als 10.000 japanische Mitglieder, die in solchen Zeremonien geheiratet haben, in Südkorea leben; was ein Viertel der im Land lebenden Japaner ausmachen würde (*Nikkei Asia* 01.09.2022). Nach dem Aum-Vorfall geriet jedoch auch die FFWUP unter starken öffentlichen Druck, und eine Reihe von Gerichtsverfahren gegen die FFWUP wegen Betrugs und erzwungener Spenden schmälerte ihre Popularität. Als Folge schwächte die LDP, zumindest öffentlich, ihre Beziehungen zur FFWUP ab, intensivierte sie jedoch erneut nach der Wahlniederlage der LDP 2009. Als Abe 2012 zum zweiten Mal als Ministerpräsident an die Macht kam, hielt er an den engen Verbindungen zur

FFWUP fest, da sie seine traditionellen paternalistischen Ansichten zu Familien widerspiegeln. Abe war auch bekannt für seine erzkonservativen Ansichten in Sicherheits- und Geschichtsfragen und wurde neben religiösen Bewegungen auch von rechtsgerichteten Lobbygruppen wie der Nippon Kaigi unterstützt.

Obwohl die FFWUP wie andere neue Religionen seit den späten 1990er Jahren an Einfluss verloren hat, hat sie nach wie vor vielfältige Verbindungen in die Politik. So hat laut Medienberichten eine nach der Ermordung Abes durchgeführte interne Umfrage der LDP ergeben, dass fast die Hälfte der LDP-Abgeordneten Verbindungen zur FFWUP gehabt habe (*Nikkei Asia* 08.09.2022). Anhand von Informationen, die auf den Websites von Abgeordneten und anderen Quellen verfügbar sind, darunter Videos, die von der Kirche online gestellt wurden, identifizierte Reuters mindestens 65 LDP-Abgeordnete – darunter Abe und 23 Abgeordnete der rechten LDP-Fraktion –, die an Kirchenveranstaltungen teilnahmen oder Mitgliedsbeiträge zahlten, politische Spenden seiner Mitgliedsorganisationen akzeptierten oder Wahlhilfe erhielten. Eine von der *Asahi Shinbun* vom 18. August bis 2. September durchgeführte Online-Umfrage ergab, dass die FFWUP auch enge Verbindungen zur lokalen Politik unterhält. Von den 712 befragten Landtagsabgeordneten gaben 635 (89,1 %) eine entsprechende Verbindung an; von den 2.574 befragten Mitgliedern der Präfekturverwaltungen lag die Zahl bei 2,307 (89,6 %), und alle befragten Gouverneure gaben Verbindungen zur FFWUP an. 78 % aller Befragten gaben an, dass die Namensänderung der religiösen Gemeinschaft in FFWUP im Jahr 2015 ein entscheidender Faktor gewesen sei, (wieder) Verbindungen aufzunehmen bzw. weiterzuführen (*AS* 04.09.2022).

Erst nach dem Wahlsieg der LDP am 10. Juli thematisierten japanische Medien die Verbindungen zwischen FFWUP und LDP. Seitdem steht Japans Premierminister Fumio Kishida erheblich unter Druck. Trotz angekündigter interner Untersuchungen und seinen Versicherungen, dass die LDP alle Verbindungen zur FFWUP abbrechen und auch in Zukunft unterbinden werde, sind die Unterstützungsquoten für seine Regierung eingebrochen.

Ausblick

In Japan besteht ein außergewöhnliches Verhältnis zwischen Politik und religiösen Bewegungen. Abhängig von den jeweiligen politischen Rahmenbedingungen bilden sich in Japan religiöse Bewegungen, die mal mehr und mal weniger aktiv versuchen, ihren Einfluss auch in der Politik geltend zu machen. Auch in Zukunft werden sie wahrscheinlich ein fester Bestandteil innerhalb der japanischen Bevölkerung sowie

im Politikgefüge sein. Und die LDP wird sicherlich das tun, was ihr opportun erscheint, um Wahlen zu gewinnen. Allerdings wird sie für die nächsten Jahre wiederum sorgsam darauf bedacht sein müssen, ihre Unterstützungsquoten nicht durch eine zu offensichtliche Nähe zu religiösen Gemeinschaften zu gefährden.

Innerhalb der japanischen Bevölkerung besteht insbesondere Bestürzung über die Unfähigkeit des staatlichen Sicherheits- und Kontrollapparates, die durch das Attentat erneut zu Tage getreten ist. In einer am 15. August veröffentlichten Erklärung betonte Kishida, dass das Prinzip der Trennung von Religion und Staat, wie es in der japanischen Verfassung festgelegt ist, politische Aktivitäten religiöser Körperschaften nicht ausschließen und auch in Zukunft die Religionsfreiheit garantiert werden solle. Doch das Attentat und alle Umstände, wie es dazu hatte kommen können, müssten sorgsam untersucht werden. Zudem wolle er dafür sorgen, dass neue Kabinettsmitglieder ihre Verbindungen zu neuen religiösen Bewegungen offenlegen (*Nikkei Asia* 06.08.2022). Eine Untersuchungskommission mit Beteiligung des Justizministeriums wurde einberufen, deren Arbeit zur Zeit der Verfassung des Beitrages erst begonnen hat, sodass sich derzeit keine weiteren gesicherten Aussagen treffen lassen. Die Untersuchungen der Verbindungen zwischen FFWUP und der LDP bzw. Abe könnten jedoch auch zu einer Neubewertung von Abes Vermächtnis und des Einflusses der FFWUP auf die Regierungspolitik führen.

Literaturverzeichnis

- AS (*Asahi Shinbun*) (04.09.2022), »447 Politicians, most with LDP, Have Unification Church Links«, <https://www.asahi.com/ajw/articles/14710670> (05.10.2022).
- Inoue, Nobutaka et al. (Hg.) (1990), *Shinshūkyō Jiten* [Lexikon der Neuen Religionen], Tōkyō: Kōbundō.
- Metraux, Daniel A. (1999), »Japan's Search for Political Stability: The LDP-New Kōmeitō Alliance«, in: *Asian Survey*, 39 (6): 926–939.
- Nikkei Asia* (30.07.2022), »Abe's Death Spotlights Unification Church Links to Japan's LDP«, <https://asia.nikkei.com/Politics/Abe-s-death-spotlights-Unification-Church-links-to-Japan-s-LDP> (05.10.2022).
- Nikkei Asia* (06.08.2022), »Kishida Says New Cabinet Members to Clarify Unification Church Ties«, <https://asia.nikkei.com/Politics/Kishida-says-new-cabinet-members-to-clarify-Unification-Church-ties> (05.10.2022).
- Nikkei Asia* (01.09.2022), »Unification Church Runs a De Facto Conglomerate in South Korea«, <https://asia.nikkei.com/Politics/Unification-Church-and-politics/Unification-Church-runs-a-de-facto-conglomerate-in-South-Korea> (05.10.2022).

- Nikkei Asia* (07.09.2022), »The Unification Church in South Korea: a cautionary tale for the LDP«, <https://asia.nikkei.com/Spotlight/The-Big-Story/The-Unification-Church-in-South-Korea-a-cautionary-tale-for-the-LDP2> (05.10.2022).
- Nikkei Asia* (08.09.2022), »Half of Japan's LDP Lawmakers Had Ties with Unification Church«, <https://asia.nikkei.com/Politics/Unification-Church-and-politics/Half-of-Japan-s-LDP-lawmakers-had-ties-with-Unification-Church> (05.10.2022).
- Reader, Ian (1991), *Religion in Contemporary Japan*, Honolulu: University of Hawaii Press.
- Repp, Martin (1997), *Aum Shinrikyō: Ein Kapitel krimineller Religionsgeschichte*, Marburg: Diagonal-Verlag.
- Shimazono, Susumu (1998), *Gendai Shūkyō no Kanōsei* [Möglichkeiten der Religion in der Gegenwart], Tōkyō: Iwanami Shoten.
- Wieczorek, Iris (2000), »Religion und Politik in Japan: Sōka Gakkai und Kōmeitō«, in: *Japan aktuell*, August: 350–359.
- Wieczorek, Iris (2002), *Neue religiöse Bewegungen in Japan: Eine empirische Studie zum gesellschaftspolitischen Engagement in der japanischen Bevölkerung*, Hamburg: Institut für Asienkunde.